
Prosecutor General
Andrey Shved
Prosecutor General of the Republic of Belarus
Ul. Internatsionalnaya 22
220030 Minsk
BELARUS

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

mit großer Sorge verfolge ich die Situation der Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa. Sie wird auf der Grundlage von Paragraph 361 des Strafgesetzbuchs („Aufruf zu Aktionen zur Untergrabung der nationalen Sicherheit“) festgehalten und strafrechtlich verfolgt.

Sie hat keine international anerkannte Straftat begangen und wird allein wegen ihrer Ausübung der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung strafrechtlich verfolgt. Für ihre Strafverfolgung gibt es keine Grundlage im belarussischen Recht und sie verletzt die internationalen Verpflichtungen des Staates Belarus. Die Behörden zu kritisieren, an friedlichen Protestkundgebungen teilzunehmen oder friedliche Demonstrationen zu organisieren sind Menschenrechte und keine Straftaten gegen den Staat.

Maria Kolesnikowa ist am 7. September in Minsk verschwunden. Es wurde schnell bekannt, dass sie von maskierten Männern in Zivil entführt und zur Grenze gebracht worden war. Dort wehrte sie sich gegen die Abschiebung in die Ukraine, indem sie ihren Pass zerriss. Daraufhin wurde sie festgenommen und am 16. September einer Straftat angeklagt, die sie nicht begangen hat.

Der Fall von Maria Kolesnikowa ist beispielhaft für dutzende Personen, die in Belarus wegen konstruierten Vorwürfen angeklagt werden, nur weil sie friedlich ihre Menschenrechte wahrnehmen. Sie alle sind gewaltlose politische Gefangene und müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Ich fordere Sie deswegen auf, sämtliche Strafverfahren gegen Maria Kolesnikowa sowie alle anderen gewaltlosen politischen Gefangenen in Belarus einzustellen und ihre umgehende und bedingungslose Freilassung sicherzustellen. Ich rufe Sie auf, umgehend eine effektive und unparteiische Untersuchung der gemeldeten Menschenrechtsverletzungen einzuleiten. Untersuchen Sie auch die Entführung von Maria Kolesnikowa, alle Vorfälle von rechtswidrigem Freiheitsentzug und willkürlichen Festnahmen, die rechtswidrige Gewaltanwendung von Vollzugsbehörden, sowie die Fabrikation von Strafanzeigen gegen politische Aktivist_innen. Stellen Sie sicher, dass die Verantwortlichen für diese Taten in ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen